



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

tung braucht. Im Finanzministerium werden die außerordentlichen Ausgaben namentlich verursacht durch die Ablösung von Forstservituten und Renten und die Ausführung der anderweiten Regelung der Grundsteuer in den neuen Landestheilen, deren wir schon oben gedachten.

Dies sind die Hauptpositionen aus der langen Reihe von Zahlen, welche den Finanzetat des preussischen Staats für 1868 darstellen und die in ihrer Höhe, Gruppierung und ihren Verhältnissen zu einander einen ausführlichen und kritischen Commentar über die Art und Organisation der preussischen Staatsverwaltung liefern. Ohne uns auf Kritik, die in den Kammerdebatten genügend geübt ist, oder auf allgemeine finanzwissenschaftliche Betrachtungen, die in zahlreichen Büchern zu finden sind, oder auf Vergleichen mit andern Ländern, die immer mißlich sind, einzulassen, geben wir dem Leser diese kurze Uebersicht als Anleitung zu weiterem Nachdenken und Studium.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Februar.

Die Verhandlungen über das französische Preßgesetz, deren Leser wir während der letzten Wochen waren, sollen den Kaiser Napoleon in peinlicher Weise an die Kammervorgänge vor Ausbruch der Februarrevolution erinnert haben. Diese Reminiscenz liegt in der That ziemlich nah: wenn die Analogie zwischen den französischen Zuständen von damals und heute auch nur eine entfernte ist. Vor zwanzig Jahren schlugen die Franzosen den Thron der Julimonarchie in Trümmer, weil sie ihre Ungeduld nach einer Reform des Wahlgesetzes nicht zügeln konnten, deren Durchführung doch nur Frage der Zeit war, heute sehen wir sie vergeblich um ein Stück Preßfreiheit kämpfen, dessen Besitz selbst den Ultras der Gutzoischen Majorität niemals genügt hätte. — Obgleich die Debatte über dieses neue Gesetz noch nicht geschlossen ist, läßt sich das Geschick desselben schon gegenwärtig übersehen. Der § 1, der jedem Franzosen das Recht zur Herausgabe einer periodischen Schrift ertheilt und die bestehenden Vorschriften über Erwirkung einer RegierungsconceSSION und Hinterlegung fast unererschwinglicher Cautionssummen aufhebt, gibt der Presse einen Spielraum, den die folgenden Paragraphen (es sind ihrer, wenn wir nicht irren, vierzehn) möglichst zu beschränken suchen. Das ganze Gesetz erinnert lebhaft an das berühmte Lichtenbergsche Messer ohne Klinge, an welchem der Stiel fehlt! Die freie Einführung ausländischer Journale, das Recht zur Mittheilung und Discussion der Kammerverhandlungen, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen über Preßvergehen, lauter Dinge die sich im übrigen Europa fast von selbst verstehen, über welche bei Culturvölkern kaum eine Meinungsverschiedenheit besteht, — sie werden in dem modernen Frankreich wie offene Fragen behandelt, mit Gründen für und wieder belegt und es findet sich sogar eine Majorität, welche feierlich ihre Unzulässigkeit proklamirt. In dem Vaterlande der continentalen Preßfreiheit wird eine Stempelsteuer erhoben, welche die pariser Journale zwingt, fünf Thaler und zehn Groschen von jedem Exemplar, das sie drucken, an den Staat zu entrichten, eine Steuer, welche journalistische Unternehmungen banferott macht, sobald dieselben weniger als 8000 Abonnenten zählen; in Paris, dem liberalen Eldorado frühe-

rer Zeiten, sind im J. 1867 nur sieben Nummern der Kölnischen Zeitung an die Leser ausgegeben, Blätter von der gemäßigten Haltung der Augsburger Allgemeinen wochenlang confiscirt, die unabhängigen Zeitungen zu Geld und Gefängnißstrafen verurtheilt worden, weil sie sich erlaubten, Stenographen in das Corps legislatif zu senden; — und all' diese beispiellosen Beschränkungen einer der ältesten freiheitlichen Errungenschaften werden durch feierliche Beschlüsse der Volksvertretung aufrechterhalten und von hunderten gebildeter Franzosen wie Dinge behandelt, über welche sich noch streiten läßt. Von der Beseitigung anderer unerträglicher Lasten, welche auf der französischen Presse ruhen, ist nicht einmal die Rede gewesen; man läßt sich ruhig gefallen, daß keine französische Postanstalt Zeitungsabonnements annimmt, die nicht dem Moniteur gelten und man findet es in der Ordnung, daß (wiederum den Moniteur ausgenommen) kein Journal Beilagen bringen darf, wenn dieselben auch nur Inserate enthalten; und diese beispiellosen Beschränkungen der Denk- und Redefreiheit werden allmählig durch das Herkommen geheiligt und gehen schließlich in das Volksbewußtsein über.

Nur der leblosen Erstarrung, welche seit den letzten Jahrzehnten über Frankreich gelegen, ist es zuzuschreiben, daß die kaiserliche Regierung in der entschlossenen Haltung der Opposition eine Gefährdung ihrer Sicherheit sehen kann. Daß Männer vom Schlage Emile Olliviers in eine Verewigung der gegenwärtig bestehenden Ordnung nicht willigen, würde in jedem andern Staate für selbstverständlich gelten. Sehr viel gefährlicher als die Haltung der Legislative, die es im schlimmsten Fall zu erträglich starken Minoritäten bringt, erscheint dem auswärtigen Beobachter die gereizte Stimmung der pariser Bevölkerung, welche sich an jedem neuen Tage neu bekundet. Nicht der Haß gegen das gegenwärtige Régime, die Verachtung desselben macht tägliche Fortschritte und diese Verachtung wird allmählich zur nationalen Selbstverachtung. Dieselben Leute, welche im Collège de France und im Odeon, auf der Gasse und im Saale der Volksvertretung demonstrieren, müssen sich sagen, daß sie das zweite Empire weder wegschaffen noch entbehren können, weil sie die Gewöhnung der Freiheit und ihrer Aufrechterhaltung verloren und zwei Jahrzehnte lang anerkannt haben, daß sie eines Herrn, und zwar eines strengen Herrn bedürfen. Könnte das heutige Frankreich das Wort Franz' I.: „Alles verloren, nur die Ehre nicht“ für sich anführen, — der moralische Bankerott, dem die gegenwärtige Regierung entgegen geht, wäre eine bloß französische Angelegenheit, keine europäische Gefahr. Weil dem nicht so ist, müssen wir wiederholen, was schon früher in diesen Blättern behauptet worden: die Franzosen werden über kurz oder lang ihre am heimischen Herde verloren gegangene Selbstachtung diesseit des Rhein wiederzufinden suchen, Deutschland wird bezahlen müssen, was Frankreich sich selbst schuldig geblieben.

Die Stunde dieser wunderlichen Art von Abrechnung wird vielleicht früher schlagen, als man glaubt. Im Augenblick athmet allerdings noch Alles tiefen Frieden: die Correspondenz über das der Welfenlegion gebotene französische Wohl ist zu gegenseitiger vollständiger Befriedigung verlaufen; aus Herrn v. Beust's eigenem Munde wissen wir, daß die östreichischen Pässe der hannoverschen Flüchtlinge aus Versehen ausgestellt worden sind und die friedliche Haltung der wiener Presse hat das Mögliche gethan, um die in der nächsten Nachbarschaft der k. k. Hofburg geduldeten welfischen Legitimitätsdemonstrationen ihrer Bedeutung zu entkleiden. Weder die über diese Zwischenfälle gepflogenen Zeitungshändel, noch die Mittheilungen, welche die Kölnische Zeitung neuerdings über die Möglichkeit eines italienisch-französisch-östreichischen Bündnisses brachte, haben den diplomatischen Himmel zu trüben vermocht und

die inneren Fragen stehen diesseit wie jenseit des Rhein noch immer im Vordergrunde. Im Grunde kommt darauf aber nichts mehr an; da die „innere Frage Frankreichs“ den wahren Grund der Kriegsgefahr bildet, so kann die „innere Lage Deutschlands“ jeden Tag zur Kriegsveranlassung werden — und das deutsche Zollparlament steht vor der Thüre.

Bevor diese Thür geöffnet wird, muß die des preussischen Landtags geschlossen werden. Es ist eine bedeutsame Session, die hinter uns liegt und der wichtigste Theil derselben ist gerade in den letzten Monat gefallen. Zum erstenmale haben die Vertreter der neu erworbenen Länder an den Verhandlungen jenes preussischen Parlaments Theil genommen, das seit einem Menschenalter im Mittelpunkt aller deutschen Interessen steht. Unwillkürlich fragen wir nach den Eindrücken, welche dieselben aus dem Hause am Dönhofsplatz mitgenommen, wie nach den Eindrücken, welche sie zurückgelassen haben. Auf beiden Seiten wird der Haupteindruck der sein, daß Verständigung zwischen den Vertretern der alten und denen der neuen Provinzen, trotz des guten Willens, der von beiden Seiten mitgebracht worden, nur mühsam und unvollständig zu Stande gebracht, das größere Stück Arbeit für künftige Sessionen übriggeblieben ist. Vielleicht daß der eine oder andere Kämpfer gar mit der Ueberzeugung nach Hause geht: „Es ist gut, daß die Annexion vollzogen worden, bevor man uns nach Berlin gerufen — wir selbst hätten sie nicht fertig gebracht.“ Und doch steht die Sache nicht ganz so. Die Schwierigkeiten der Verständigung rühren wenigstens zum Theil davon her, daß der militärischen Eroberung der neuen Provinzen keine moralische vorangegangen ist, daß man so zu sagen mit dem Ende den Anfang gemacht hat. — Aber die Zeiten sind vorüber, in denen deutsche Politiker mit Untersuchungen so unfruchtbarer Art ihre Zeit verlieren durften: auf dem Boden der Thatfachen, die ein nicht genug zu preisendes Geschick geschaffen, sind die Streiter, welche in den bewegten Februarwochen mit einander rangen, trotz allem dem doch stehen geblieben und die Denkenden unter den Zeugen dieses Kampfes werden sich sagen müssen, daß jeder weitere Tag bundestäglicher Existenz denselben nur erschwert, seinen Preis vermindert hätte. Zwanzig Jahre lang haben die Landtage von Preußen und Hannover auf wenige Stunden Entfernung von einander getagt, zwanzig Jahre lang sind die liberalen Koryphäen beider Volksvertretungen demselben Ziele nachgegangen, zwanzig Jahre lang haben sie einen gemeinsamen Feind bekämpft und doch waren es Gegensätze, welche bei der ersten Berührung zu Tage traten und nicht anders als mit der blanken Waffe der Discussion zum Austrag gebracht werden konnten. Die realen Verhältnisse waren um so viel mächtiger gewesen, als die idealen Wünsche und Neigungen, daß alte Gegner ein Bündniß gegen die neuen Genossen der eignen Partei schlossen: die Gegensätze zwischen rechts und links, welche sich in Berlin wie in Hannover bis zum Jahre 1866 auf Tod und Leben befehdet hatten, sie blähten zu Schattab, sobald es sich ernstlich darum handelte, ob die altpreussische Satzung gegenüber der hannoverschen im Recht bleiben sollte oder nicht. Keiner der beiden Parteien, welche sich im Kampf um den Provinzialfonds entgegenstanden (erst dieser brachte die Situation zu vollständiger Klarheit) konnte ein relatives Recht ganz abgesprochen werden; desto vollständiger trat dafür die Unberechtigung der Zustände hervor, welche diese Gegensätze geschaffen, die besten Männer in der Gewöhnung großgezogen hatte, ihre Gewohnheiten als die allein berechtigten anzusehen.

Wir haben bereits Gelegenheit gehabt, unsere Stellung zur hannoverschen Provinzialfondsfrage zu bezeichnen und für das gute Recht dieses In-

tituts einzutreten; auch über die prinzipielle Bedeutung dieser Angelegenheit braucht unsern frühern Erörterungen kaum etwas nachgetragen zu werden. Die Art und Weise ihrer Lösung legt aber die Frage nah, wie es zugegangen, daß dieselbe nicht im Zusammenhang mit der gesammten Organisationsangelegenheit zur Sprache gebracht worden. In dem Umstande, daß das nicht geschehen, sehen wir den Hauptgrund der Verwirrung, welche diese Frage hervorgerufen. Wäre der Landtag zu einer Entscheidung darüber veranlaßt worden, ob das ehemalige Königreich Hannover beisammen bleiben, oder aber aufgelöst und unter die angrenzenden Provinzen vertheilt werden sollte, so hätte sich die Frage nach dem Provinzialfonds je nach der einen oder der andern Eventualität von selbst beantwortet. Ihre isolirte Behandlung schloß von Hause die Heranziehung der wichtigsten Gesichtspunkte aus und zerthe die Discussion in jene Bahn verwickelter Rechnungen und Gegenrechnungen, welche für die eigentliche, die politische, Entscheidung gleichgiltig waren und doch wesentlich dazu beitrugen, die Gemüther zu erhitzen und zu erbittern. Das Schlimmste an der Sache ist aber, daß eine prinzipielle Lösung auch gegenwärtig nicht erfolgt ist; die Annahme des Kardorff'schen Antrags hat wohl entschieden, daß den hannoverschen Provinzialständen jährlich 500,000 Thlr. ausgesetzt werden sollen — eine Präjudiz für die Stellung, welche Ordnung die Provinz Hannover den preussischen gegenüber einnehmen soll, hat sie nicht geschaffen und der Streit, der in der ersten Februarwoche ausgekämpft wurde, kann unter veränderten Formen alle Tage wieder austauschen, morgen Hannover, ein andermal Hessen, Nassau oder Holstein gelten; die Consequenz, welche diese Lage der Dinge für die Zukunft des preussischen Staats, ganz besonders für die Zukunft der nationalliberalen Landtagspartei haben kann, liegt zu nahe, als daß sie besonders genannt zu werden brauchte.

Merkwürdiger Weise ist diese Seite der Sache von der Mehrzahl der Organe unsrer Presse unerörtet geblieben. Man hat es vorgezogen, Conjecturen darüber anzustellen, welche Folgen der Beschluß vom 6. Februar für die conservative Partei, für die Zusammensetzung des Ministeriums und dessen Ergänzung durch nationalliberale Kräfte haben könne u. s. w. Und doch lag klar zu Tage, daß an Eventualitäten dieser Art auch nicht entfernt zu denken sei — zu unserm Glück, müssen wir hinzufügen. So lang die nationalliberale Partei nicht darüber schlüssig geworden, welche Grundsätze für die Organisation der neuen Provinzen maßgebend sein sollen, so lang keine vollständige Ausgleichung zwischen den alt- und neupreussischen Gliedern derselben herbeigeführt worden, hat sie das höchste Interesse daran, von der Theilnahme an der Regierung ausgeschlossen zu bleiben — ihren Ministern würde andernfalls die Erfahrung nicht erspart bleiben, welche Graf Bismarck soeben mit seinen conservativen Freunden gemacht hat. Unterschiede blieben freilich übrig, aber nicht zu Gunsten einer möglichen Regierung unsrer Freunde; weder läßt sich eine Stellung, wie es die des Premiers auch nach dem großen Abfall geblieben ist, sofort von andern Männern gewinnen, noch ist das Ferment der nationalliberalen Partei so stark, wie das der altconservativen, deren Glieder sich nicht sowohl durch Prinzipien als durch starke, egoistische Interessen verbunden wissen. Eine Ausgleichung zwischen den verschiedenen, der nationalliberalen Partei angehörigen Gruppen muß aus äußern wie aus innern Gründen für die Vorbedingung jeder Betheiligung derselben in Regierungsgeschäften angesehen werden. Eine Partei, die am Ruder sitzt, hat keine Zeit, sich zu discipliniren, sie muß mit sich selbst fertig geworden sein, wenn sie im Stande sein soll, dauernd die Geschäfte in Händen zu behalten; eine liberale Regierung kann sich nur behaupten, wenn sie sich auf einen festge-

stitteten Parteiorganismus stützt — in Preußen wird sie erst möglich, wenn dieser Organismus bereits da ist.

Dazu kommt, daß die national-liberale Partei in nächster Zukunft einer neuen entscheidenden Krisis entgegen geht. Durch die nationalgesinnten Vertreter Süddeutschlands wird sie im Zollparlament eine Verstärkung und Erweiterung erfahren, deren Einflüsse sich noch nicht berechnen lassen. Sind die Parteiverhältnisse des norddeutschen Reichstags von denen des preussischen Landtags verschieden, so liegt die Vermuthung nah, dieselben würden im Zollparlament wieder andere sein. Die Erfahrung, daß Verschiedenheit der äußeren Existenzbedingungen auch eine Verschiedenheit der Anschauungen bedinge, welche stärker ist als die Einheit der Wünsche und Bestrebungen, haben wir zu häufig gemacht, um eine neue Bestätigung derselben zu brauchen.

Hat es schon mit der Verständigung zwischen den besten Patrioten der verschiedenen norddeutschen Länder ihre Schwierigkeiten gehabt — sind die preussischen Parteiverhältnisse durch den Zutritt der Vertreter der übrigen norddeutschen Landschaften total verändert worden, so kann nicht ausbleiben, daß ein Gleiches geschehen wird, wenn die Vertreter Bayerns, Württembergs und Badens nach Berlin kommen. — Das Contingent, welches der nationalen Partei zufließen soll, wird freilich nicht allzugroß sein. Ohne daß sich überhaupt ließe, die letzten Vorgänge in Berlin hätten irgend welchen Einfluß auf die Wahlen jenseit des Main ausgeübt, sind dieselben nicht allzulänglich ausgefallen. Nach den in Bayern und Baden erzielten Resultaten ist anzunehmen, kaum die Hälfte der süddeutschen Vertreter werde wahrhaft guten Willen mitbringen und es wird energische Anstrengungen kosten, um die große Zahl der Widerstrebenden mit fortzureißen und das erste deutsche Zollparlament zum Vorparlament der zweiten deutschen Nationalversammlung zu machen.

Nicht nur das französische, auch das deutsche Volk begehrt im Frühling des Jahres 1868 den zwanzigsten Jahrestag weltgeschichtlicher Ereignisse. Jenseit des Rhein sehen sich die Vorkämpfer der Sache um ein beträchtliches Maß hinter die Errungenschaften zurückgeworfen, welche sie in das Jahr 1848 mit hinüber genommen hatten, bei uns soll an Vollendung der Einheit Hand gelegt werden, deren Grundlagen damals erstrebt worden. Glücklicher als unsere Nachbarn dürfen wir uns rühmen, daß die Spanne Zeit, welche zwischen damals und heute liegt, keine verlorene ist, daß wir dem Ziel, dessen Erreichung es galt, trotz des Jammers der Reaction, welche dem Völkerfrühling folgte, um ein beträchtliches näher gerückt sind. Aber das größere Stück Arbeit liegt noch vor uns, wesentlich dadurch erschwert, daß es auf anderem Wege und mit anderen Mitteln bewältigt werden muß, als denen, welche uns an die Errungenschaften von heute geführt haben. Wenn es wahr ist, daß der Mensch mit seinen Zwecken wächst, so muß das Gleiche für die Parteien gelten können. Von dem Zollparlament erwarten wir, es werde neues Blut in die Adern der Partei gießen, welcher die Aufgabe geworden, mit bereicherter Erfahrung, gereiftem Sinn und erhöhtem Muth, an den Abschluß des Werks zu gehen, das vor zwei Jahrzehnten in dem Augenblick zusammenfiel, da es gekrönt werden sollte. Der große Gegensatz von damals, der zwischen Oestreich und Preußen, ist heute beseitigt — werden die übriggebliebenen kleineren, partikularen Gegensätze den nationalen Mächten Stand halten können, welche sich rühmen dürfen, heute das „Schwert und Schild“ Deutschlands mitzubringen, das vor zwanzig Jahren gefesselt in der Scheide lag?

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eduardt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Regler in Leipzig.